

Nummer 115 — 22. Jahrgang
Erscheint wöchentlich. Bezugspreis für Juli
10000 M. Einzelheftepreis: Die eingepostete Zeitungs-
1000 M. für Familien- u. Vereinsabnehmer, Einzel- und
Mietzettel 800 M. Die Zeitungs-Zeitungszeitung, 89 mm
breit, 3000 M. Offertengeld für Selbstabholer 2000 M.
bei Lieferung durch die Post außerdem Portozuschlag
Preis für die Einzelnummer 400 Mark
Gesamthändler: Josef Böhm, Dresden

Sonnabend, den 7. Juli 1923

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Kaufverträgen und
Lieferung von Schabernack. Für unbenutzte und durch
Sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unterlangt eingekaufte und mit Nachporto
nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 8 bis 6 Uhr nachmittags.
Gesamthändler: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresdener Altstadt 16, Holbeinstr. 48
Telefon 82722 / Postfach 1000 Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saxonia-Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
Dresdener Altstadt 16, Holbeinstr. 48

Das rückwärtige Deutschland

Von Fritz Günther, Leutersdorf (O.-Sachl.)

In Nr. 139 der Volkszeitung, Bittau, liest Herr
K. Kühn-Bittau als Herausgeber, den kammern-
würdigen Schulverhältnisse in Deutschland zu vergleichen
mit der weltlichen Schule in anderen Kulturstaaten. Herr Kühn
stand bereit, nach Auflösung der Sympathie- und
Parteilichkeit über den Schulstreit zu sprechen, wie er ihn auf-
faßt. Er meint, in geradezu unverantwortlicher Art und Weise
hätten die katholischen Kreise um Ostern einen Schulstreit vom
Jahre gebrochen und damit sowohl den Anhängern der neuzeit-
lichen Volksschule (1) als auch der sächsischen sozialistischen Re-
gierung den Kampf angelegt und das in einer Zeit, wo alle Volks-
genossen in Treue und Toleranz sich die Bruderhand reichen
sollten. Die Absicht dieses Kampfes würde erspart geblieben
sein, wenn ausnahmslos wie in vielen anderen Kulturstaaten die
weltliche Schule eingeführt wäre. Nun bezieht er die Lage
der weltlichen Schule in Amerika, England, Holland, Schweden und
Japan. Doch verweist er auf die Einseitigkeit.

Ich will jetzt nicht so boshaft sein, und Herrn Kühn über
seine Deutung gewisser Stellen — auch eines Schulstreits der
Vehrer irgendwo — befragen. Das könnte ihn in eine unange-
nehme Situation bringen. Daß er als Agitator und Beschützer
der weltlichen Schule sich nicht in die Lage der Katholiken
hineinfinden kann, das ist ihm ganz nachzusehen. Aber die
Verwunderung darüber, daß die Katholiken den Anhängern der
neuzeitlichen Volksschule den Kampf angelegt hätten und unzu-
frieden wären mit der sächsischen Schulpolitik, erweckt mich
mehr als Kopfweh. Das ist ja so harmlos und doch
und Mittel ab. Hat dieser Herr eine Ahnung von den Forde-
rungen katholischer Schulpolitik? Es scheint, als hätte er ge-
laubt, daß die Katholiken sich nach der Revolution den An-
hängern der neuzeitlichen (nicht wohl heißen sozialistischen) Volkss-
chule angefreundet hätten. Herr Kühn weiß offenbar nichts von
all den Kämpfen, die seit 1918/19 um die katholischen Schulen ge-
führt wurden. Der Kaiser prägte für solche Unwissenheit das
Bekanntwort: „Si tacuissies...“ (Wenn du geschwiegen hättest!)
Das ist eben das Schlimme im Schulstreit, daß der Gegner unsere
Wünsche nicht einmal kennt und trotzdem noch darüber
geredet. Der Volksschule weiß hierfür eine treffende Bezeichnung
in einem Vergleich mit einem Handwerker. Damit nun Herr
Kühn Bescheid weiß, sei er erinnert an den Ausspruch seines
großen Parteiführers: „Christentum und Sozialismus stehen sich
gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Ferner sei ihm gesagt,
daß die Katholiken sich nie von ihrem Ideal der Belenntnis-
schule nicht in Deutschland, nicht in den übrigen Staaten ab-
bringen lassen werden. Schließlich ist die Geschichte von der Treue
und Toleranz, ausgemacht von einem Sozialdemokraten eines
Freiheitslandes, in dem doch der Wille des Volkes, auch der Minderheit
respektiert werden sollte. Dabei die große Volksschule, Freiheit,
Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Vor dieser Toleranz mag man uns
verschonen. Vielleicht orientiert sich Herr Kühn einmal über die
Lage der Katholiken bei Einrichtung weltlicher Schulen z. B.
im Rheinland. Das wird ihm von außerordentlichem Nutzen
sein, schon, um einmal andere Toleranz kennen zu lernen. Dann
kann er darüber urteilen.

Kühn ist interessant sind nun die Ausführungen über die
weltliche Schule in anderen Kulturstaaten. Herr Kühn seit
seinen Angriff mit katholischen Verhältnissen ein und sagt nichts
über die Verhältnisse der Katholiken in den von ihm angeführten
Ländern. Das erregt Befremden, weil man doch selber daran
wärtet. Offenbar weiß Herr Kühn nicht, daß die Katholiken in
der ganzen Welt ihre eigene Schule haben und daß sie überall
dort, wo der Staat die öffentliche Schule verlagert, ihre Privat-
schulen haben, auch in diesen Ländern. Höchste Verwunderung
erweckt es, daß er nichts über das Mutterland der weltlichen
Schule sagt: Frankreich. Ja, oftmals im Leben wird die
Mutter vergessen, wenn man auf eigenen Füßen zu gehen ver-
sucht. Herr Kühn tut gut daran, von der weltlichen Schule in
Frankreich nichts zu sagen. Wir hätten ihm ein Material ent-
gegengestellt, daß ihm bestimmt der Geschmack etwas verdoeben
würde.

Nun seien Herrn Kühns Ausführungen etwas ergänzt, zu-
nächst über Amerika. Herr Kühn tut so, als erstredte er ameri-
kanische Verhältnisse für uns. Dort genießt das, was er nicht
freigeben will, Freiheit: die Schule. Die Religionsge-
sellschaften können neben den Staatschulen eigene Schulen gründen
und eigenes Lehrpersonal anstellen. Den Religionsgesellschaften
gewährt man weitgehenden staatlichen Schutz, und stattdes mit
Freiheit aus. Und der erste Staat, der die Religionsfreiheit ein-
führte und Ernst machte mit dem Grundsatze der Toleranz, das
war der — katholische Staat Maryland.

Und Holland? 1920 wurde dort ein neues Schulgesetz
verabschiedet, in dem die Sozialdemokraten tüchtig mitarbeiteten
(Troestler), um den endlosen Schulstreit zu beenden. Seitdem
ist das Unterrichtsleben frei. Zur Errichtung einer öffentlichen
Schule genügen 12 Kinder. Jede Religionsgemeinschaft hat das
Recht, Schulen zu gründen. Es würde zu weit führen, das ganze
Schulgesetz hier zu besprechen. Aber das steht jeder, hier herest
wahr, echte Toleranz. Mit Recht bemerkt dazu Herr
Kühn in etwas anderem Sinne: „Alle Kreise fühlen sich wohl
dabei und schauen mit Behagen auf das Nachbarland Deutschland,
das sich um des Religionsunterrichts willen herumschlägt.“

Nur kratzte ich den Untergrund in katholischen Dingen kann und
glaubt, sich nach einer Schule des ausgeprochenen Heidentums
zu richten. In welcher Hochachtung aber die katholische Un-
versität Tokio und die Schulen der Jesuiten in Japan stehen,
davon weiß Herr Kühn offenbar nichts. In einem heidnisch re-
gieren und geführten Lande Konfessionsschulen zu verlangen, das
ist daselbe, als von Sachsen die Anerkennung der Religions-
schule zu erwarten. Gerade der Zustand der weltlichen Schule
in anderen Ländern macht und so ist in unserer Forderung nach
der Konfessionsschule.

Die ernste Stimmung in London

Die fortwährende Verzögerung Frankreichs — Uebereinstimmung Englands und Italiens — Die
Revision der sieben vom Mainzer Kriegsgericht verurteilten Deutschen verworfen

Die erschöpfte englische Geduld

London, 6. Juli. In englischen diplomatischen Kreisen
ist man über die politische Lage in Europa außerordentlich be-
unruhigt. Immer mehr greift die Ansicht um sich, daß, wenn
nicht ein Wunder eintritt und Frankreich seine ganze Politik
ändert, Großbritannien eingreifen muß, um das Land zu retten
und Europa vor dem Hunger und der Verflawung zu schützen.
man nimmt bestimmt an, daß England bei einem Eingreifen
Italiens auf seiner Seite haben wird. Man glaubt
nicht länger in London, daß Frankreich überhaupt eine Erfüllung
der Reparationen wünscht. Die Verhandlungen zwischen beiden
Mächten werden zwar fortgesetzt, doch man glaubt nicht, daß
irgend eine Seite nachgibt. Wenn Frankreich den Frieden
wünscht, wie es immer behauptet, so muß es die Mühe haben,
aus Europa eine Wüste zu machen, um dieses dann Frieden zu
nennen. Wenn Frankreich eine Sicherheit wünscht, so sei dies
die Art der Sicherheiten, für die Napoleon seinen Marsch nach
Moskau begann.

London, 6. Juli. Der diplomatische Korrespondent des
„Daily Telegraph“ schreibt, daß nach der gestrigen Kabinetts-
sitzung die Lage in politischen Kreisen als sehr ernst angesehen
werde. Besprechungen mit Frankreich könnten nur auf ganz
neuer Grundlage aufgenommen werden, d. h. wenn Frankreich
gäbe eine klare und vollkommene Antwort auf die englischen
Fragen über die Ruhrbesetzung und die energiegelte Form des
Reparationsplans überreicht haben wird. Man habe das Gefühl,
daß die Zeit der politischen Spitzfindigkeiten vorüber sei. Lord
Curzon habe in seiner letzten Unterredung dem französischen Bot-
schafter gesagt, die Geduld des britischen Parlaments und der
englischen Nation sei beinahe erschöpft. Die englische
Regierung würde, wenn auch mit Widerwillen eine unabhängige
Mission entsenden, wenn die Verbündeten ihren Standpunkt nicht
ändern würden.

London, 6. Juli. Baldwin erklärte heute auf eine An-
frage im Unterhause erneut, es sei im gegenwärtigen Augenblick
nicht wünschenswert, heute eine Erklärung über die deutschen
Reparationen und über die französische Ruhrbesetzung zu geben.
Die mündlichen Besprechungen mit der französischen Regierung
konverten an. Er erklärte, niemand sei sich klarer als er, daß die
Zeit ein sehr wichtiges Element sei.

Paris, 6. Juli. Zeit gestern: Ist in den gegenwärtigen Be-
sprechungen zwischen Frankreich und England kein neuer Fort-
schritt zu verzeichnen. Man erwartet, daß bald eine Ende dieser
Welle oder zu Beginn der nächsten Welle auf den englischen
Fragebogen schriftlich Antwort geben wird. Der „Matin“
schreibt: Viele Leute in London hoffen, daß der französische
Präsident ernsthafte Anstrengungen machen werde, um das eng-
lische Kabinett zufrieden zu stellen, doch erregten Mitteilungen
der französischen Presse, die man in England mit großem Inter-
esse seit einigen Tagen verfolgte, eine gewisse Unruhe. Die gestern
abend von Baldwin im Unterhause abgegebene Erklärung, wonach
England, nachdem es sein Jawort gegeben in Paris zurückge-
wiesen hat, sich verweigert, hier alle Fragen nach seinem Gutdünken
zu behandeln, wird von den großen Organisationen der hiesigen
Presse bitter vermerkt.

Die italienische Besprechung

Mailand, 6. Juli. Der Besprechung des italienischen
Botchafters in London mit Lord Curzon wird eine große Be-
deutung beigegeben. Es wird betont, daß die Regierungen in Rom
und London über die anhängenden Fragen der Reparations-
politik übereinstimmen.

Das unschuldige Frankreich

Paris, 6. Juli. In der Kammer interpellierte gestern der
kommunistische Abgeordnete Cachin die Regierung über die ihr
zugegebene Unterstützung der rheinischen Separation-
sbewegung und des bayerischen Faschismus. Er be-
trieb sich dabei auf die Berichte der englischen Presse und stellte
die Fragen ob die Unterstützung der rheinischen Bewegung fort-
gesetzt werden soll. Cachin erklärte weiterhin bei diesem
Anlaß, daß Clemenceau seinerzeit Willhaben zur Unterstützung
der russischen Revolution gegeben habe. Der Minister für die
Besetzten Gebiete erwiderte, daß die Fragen nur vom Minister-
präsidenten beantwortet werden könnten. Weiter wies er auf
die bereits veröffentlichten Demontis hin und erklärte, daß
die Regierung niemals die Separationbewegung im Rheinland
oder den Faschismus in Bayern unterstützt habe. (??)

Nuntius Pacelli nach München abgereist

Berlin, 6. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet:
Am Montag soll der Auswärtige Ausschuss des Reichstages erneut
zusammentreten, um sich mit der außenpolitischen Lage zu be-
fassen und um insbesondere zu der durch die Ausprache des
Reichslanzlers Dr. Cuno mit dem päpstlichen Nuntius Pa-
celli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Es verläutet, daß
die Besprechungen mit dem Nuntius im Augenblick noch feil

Nun wollen wir einmal unsere Freunde in den Ländern
der religionslosen Schule um ihre Meinung befragen. Sie sind
voll des höchsten Lobes über unsere Schulen, und erstreden
Gleiches, wenn sie es nicht besitzen. Sie warnen uns, unsere
Konfessionsschulen einzutauschen gegen die weltlichen. Sie loben
unser Parlamentarier, sie sind voll Achtung erfüllt vor dem
mutvollen Einreden der Eltern für die Schule ihrer Bestimmung.
Das gilt uns mehr als alle die lieblichen Streunen, auch wie die
Lobpreisungen des Herrn Kühn. Die Katholiken hatten seit
an unserer Schule und rufen unsere Gegner zu: Beigt euch, daß
ihr etwas besser könnt, wie sind für den Fortschritt und folgen,

endgültiges Ergebnis herbeigeführt haben, so daß jetzt noch
nicht mit einer Regierungserklärung zu der Angelegenheit zu
rechnen ist. Nuntius Pacelli ist gestern nach München zurückge-
kehrt. Nach der Berliner Börsenzeitung sind die Verhandlungen
des Reichslanzlers mit dem Nuntius gestern doch noch zum Ab-
schluß gekommen.

Deutschland und der Völkerbund

Paris, 6. Juli. Den Pariser Nachrichten wird von ihren
Korrespondenten in Berlin mitgeteilt aus Berlin: Vor etwa zwei
Wochen wurde in Berlin von englischer Seite sondiert, ob Deutsch-
land in den Völkerbund eintreten wolle. Wenn aber Deutschland
seine bisherige Haltung in dieser Frage aufgeben würde, so heißt
es bei den englischen Sondierern, könnte es verstanden, eine mög-
liche baldige Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen.
Der Völkerbund würde es dann übernehmen, den Streit zwischen
Frankreich und Deutschland zu schlichten. Die deutsche Regierung
habe die Sondierung nicht ablehnend beantwortet, sondern
der englischen Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei unter
zwei Bedingungen in den Völkerbund einzutreten. 1. Daß
Deutschland auch in den Völkerbundsrat aufgenommen
werde und 2. daß mit einem Ausnahmebeschluss Deutschlands kein
Bekanntnis der Kriegsschuld verbunden werde.
Nach der Wollprache, die mit den Parteien Ratgehabten hat, er-
klärten sich die Sozialdemokraten für den genannten Plan, ebenso
das Zentrum und die Demokraten. Die Deutsche Volkspartei
hat noch keinen Beschluß gefaßt.

Das Vertrauensvotum für Theunis

Paris, 6. Juli. Aus Brüssel wird gemeldet, Wäternabend
wurde in der belgischen Kammer das Vertrauensvotum für das
Kabinett Theunis mit 64 gegen 43 Stimmen bei 11 Enthaltungen
angenommen.

Truppenverräucherungen im Ruhrgebiet

Essen, 6. Juli. Zeit gestern werden sich die Nachrichten,
daß die Franzosen ihre Truppenmacht im Ruhrgebiet noch weiter
verhärten. So hat Gelsenkirchen wieder zwei Bataillone er-
halten und zwar das 5. Jäger-Bataillon und das 2. Bataillon
des Infanterie-Regiments Nr. 139.

Essen, 6. Juli. In Essen meinten erneut französische
Soldaten, 25 von ihnen, die verhaftet worden waren, brachen
aus dem Gefängnis aus und entzogen in unbekannter Rich-
tung. In Weidholz befinden sich 100 Mann, darunter viele mit
schwarzen Krabbinen. Es soll sich um Soldaten handeln, die
wegen Weintrief in andere Regimenter transferiert worden sind.

Gelsenkirchen, 6. Juli. Die Franzosen hatten mit der Ab-
sicht, die deutsche Bevölkerung zu zwingen, mit der militärischen
Wagen zu fahren, auch den Bahnhof Gelsenkirchen — Homard mit-
geleitet und die Schienen aufgerissen. Dieses hatte zur Folge,
daß die Lieferung der Bergwerkskohle für die Niederlande auf-
gehört wurde. Eine Anzahl ausländischer Wirtschaftskorporation
hat nun einen gemeinsamen Schritt unternommen. Frankreich
hat die Befragung die Erzeuger wieder inandern lassen müssen.

Essen, 6. Juli. Die Anzeichen, daß die Sprengung auf der
Hochstraße Bräse auf französisch-belgische Verantwortung verlegt
wurde, weicht sich mehr und mehr. So wird bekannt, daß die
Sperre, die infolge der Katastrophe verhängt worden ist, bereits
seit längerer Zeit geplant und vorbereitet war. Außerdem ist bisher
nicht eine einzige tatsächliche Beschuldigung von belgischer Seite
erfolgt.

Essen, 6. Juli. Mit welcher Brutalität die Franzosen die
Absperrung des unbesetzten vom besetzten Gebiet ohne Rücksicht
auf ihre hervorgerufenen Lebensmittelkatastrophen handhaben, zeigt
die Tatsache, daß Militärtransporte in das besetzte Gebiet nicht
herangelassen werden. Ferner wird die Ein- und Ausreise von
Militären, die Sterbenden die letzte Dosis bringen wollen, ver-
hindert. Ebenso sind Kranke transportieren zwischen dem besetzten
und unbesetzten Gebiet verboten worden, was besonders die schub-
liche Bevölkerung bei dem Fehlen ausreichender ärztlicher Fürsorge
sehr hart trifft.

Die französische Justiz

Düsseldorf, 6. Juli. Die Revision der vom Mainzer
Kriegsgericht wegen angeblicher Endtötung zum Tode verurteil-
ten sieben Verhafteten: Zaffe, Maurer, Grube, Dahue,
Schneider, Dreier und Bren, sowie des zu lebensläng-
lichem Zuchthaus verurteilten Angeklagten Lauth und des zu
fünf Jahren Gefängnis verurteilten Köhler, wurde heute vom
Revisionsgericht in Düsseldorf verworfen.

Ein amerikanisches Instruktionsprogramm

Paris, 6. Juli. Die „Chicago Tribune“ meldet aus
Washington: Das „Ceres“ und „Marineau“ beabsichtigen, ein
neues amerikanisches Instruktionsprogramm aufzustellen. Zu-
grunde gelegt werde das Bedürfnis, Neupfer und das Industrie-

wenn das eintritt. Aber dafür fehlen die Beweise. Vielmehr
verlangt das Eintreten der Katholiken in der ganzen Welt für
die Konfessionsschule von uns, nichts leichtfertig aufzugeben;
was in der ganzen Welt bebauert würde. Daher sei vor allen
Dingen unsern Eltern mit Herrn Kühns Worten ans Herz
gelegt: „Bilde eine Einheitsfront... und helfe mit
unser bedrängte Republik von innen heraus aufzubauen!“
Freie Eltern, aufgewacht!
Aufgewacht und vorbedacht!
Um die Schule geht die Schlacht.
Sträflisch, wer nicht mitgemacht!“